

# Bericht über die Sitzung 1/2016 des Hauptausschusses am 10. März 2016 in Bonn

**GUNTHER SPILLNER**

Leiter Büro Hauptausschuss im BIBB

---

**Der Berufsbildungsbericht 2016 der Bundesregierung und die aktuelle Ausbildungsplatzsituation sowie ein Erfahrungsaustausch über die Integration von geflüchteten Menschen in die berufliche Bildung waren die zentralen Themen, denen sich der Hauptausschuss unter Vorsitz von Udo PHILIPPUS (Thüringen) widmete. Weitere Tagesordnungspunkte hatten unter anderem das Thema Durchlässigkeit und das Sonderprogramm »Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa« (MobiPro-EU) zum Gegenstand.**

## **Berufsbildungsbericht und aktuelle Ausbildungsplatzsituation**

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt laut dem Berufsbildungsbericht auf gleich hohem Niveau wie im Vorjahr. Die aktuelle Ausbildungsplatzsituation ist durch einen leichten Rückgang unversorgter Bewerber/-innen und eine Zunahme unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplätze gekennzeichnet. Das Passungsproblem wird größer und ist nach Regionen und Branchen unterschiedlich. Ein Anstieg der Zahlen von Menschen im Übergangssystem ist, so KORNELIA HAUGG (BMBF), vor dem Hintergrund der hohen Anzahl Geflüchteter nicht negativ zu bewerten. Man biete hier den neu in das deutsche Berufsbildungssystem Kommenden entsprechende Maßnahmen an.

Nach Ansicht der Arbeitgeber macht die Darstellung der Langzeitperspektive deutlich, dass sich die Berufsbildung angesichts der Entwicklung der Schulabschlüsse gut be-

hauptete. Dies gelte auch für die Chancen der Bewerber/-innen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss. Zahlen des IAB-Betriebspanels zeigten, dass 80 Prozent aller ausbildungsberechtigten Betriebe konstant oder mit Unterbrechung ausbilden. Arbeitnehmerseits wurde gefragt, ob das Einstellungsverhalten vieler Betriebe angesichts der Vielzahl unversorgter Bewerber/-innen noch zeitgemäß sei und ob die vorhandenen Unterstützungsangebote die richtigen seien. Länderseits wurden die großen regionalen und branchenspezifischen Unterschiede betont, die Gegebenheiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt und Passungsprobleme betreffen.

Abschließend verabschiedeten die Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder eine gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2016, die nach dem Kabinettsbeschluss am 27. April vom BIBB veröffentlicht wurde.

## **Integration von geflüchteten Menschen**

Ziel ist, geflüchtete Menschen in bestehende Strukturen und das Regelsystem der beruflichen Bildung zu integrieren und keine Parallel- oder Sonderstrukturen zu schaffen. Der wichtigste Ansatzpunkt bei der Integration geflüchteter Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist dabei der Erwerb von Sprachkompetenz. Nach Auskunft von KORNELIA HAUGG findet zwischen allen Beteiligten auf Bundes- und Länderebene ein kontinuierlicher, sehr intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Was die Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen betrifft, dürfe es keine Absenkung von Qualitätsstandards geben. Eine Initiative vom BMBF, der BA und dem ZDH »Wege in Ausbildung für Flüchtlinge« diene als Testlauf, um zunächst im Handwerk durch ein umfassendes Qualifizierungs- und Betreuungssystem sowie eine intensive fachliche Berufs-

orientierung und Berufsvorbereitung Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sowie Asylbewerber/-innen oder Geduldete mit Arbeitsmarktzugang an eine Ausbildung heranzuführen.

BIBB-Präsident Prof. Dr. FRIEDRICH H. ESSER begrüßte die Dynamik, mit der sich alle der großen Aufgabe zuwendeten. Wichtig sei insbesondere auch die Förderung kultureller Aspekte, um einen Zugang zur Zielgruppe zu erreichen. Außerdem gelte es, Wirtschaft, Betriebe und Menschen »mitzunehmen«, um mehr Integrationswilligkeit zu erreichen.

Für den DGB betonte ELKE HANNACK, dass keine Konkurrenzsituation zwischen Geflüchteten und Einheimischen entstehen dürfe. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung habe man eine Resolution verabschiedet und eine Reihe von Maßnahmen verabredet, die von allen Beteiligten gemeinsam verantwortet und umgesetzt würden. Es brauche eine Art »Zukunftsprogramm Ausbildung«, also ein Bund-Länder-Programm für außerbetriebliche Ausbildung in Regionen, in denen der Ausbildungsmarkt besonders angespannt sei.

Länderseits wurde eine Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung aus Sicht der Flüchtlinge als wichtig erachtet; es sollte Einfluss auf die durch andere soziokulturelle Bezüge geprägten Vorstellungen junger Menschen und insbesondere auch der Eltern und Familien genommen werden, in deren Denken eine duale Ausbildung bislang keinen Platz habe. Laut INGRID SCHLEIMER (NRW) sollten im Übrigen bestehende Regelsysteme genutzt bzw. ausgebaut werden. Die gesamte Angebotspalette aller beteiligten Bildungsträger sollte bundesweit möglichst einheitlich, flächendeckend, transparent und koordiniert sein.

Dr. BARBARA DORN (BDA) informierte über die »Allianz für Weltoffenheit«, in welcher sich DGB, BDA, die beiden großen christlichen Kirchen, der Koordinationsrat der Muslime, der deutsche Kulturrat und weitere führende Institutionen zusammengeschlossen hätten, um ein deutliches Signal für einen guten konstruktiven Umgang innerhalb der Gesellschaft zu setzen. Ein Fünf-Punkte-Plan der BDA diene der Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt. Wichtig sei, Anreize zu schaffen, indem beispielsweise bei fehlendem Integrationswillen staatliche Leistungen gekürzt würden. Wichtig sei darüber hinaus die sogenannte Drei-plus-zwei-Regelung, derzufolge junge Geflüchtete mit gesicherter Bleibeperspektive und Geduldete, die in eine Ausbildung hineingehen, einen gesicherten Aufenthaltsstatus für die Dauer ihrer Ausbildung und daran anschließend für zwei weitere Jahre erhalten.

## MobiPro-EU

Für das BMAS stellt FARID EL KHOLY Zahlen zum Sonderprogramm MobiPro-Eu im Hinblick auf Teilnehmende, Auszubildende, Nationalität und Herkunftsländer sowie auf Berufe und Berufsgruppen vor. Die Förderrichtlinie des Programms sei 2014 novelliert worden, was mit bedeutenden Änderungen in der Ausgestaltung des Sonderprogramms einhergegangen sei. So sei die bis dato praktizierte überwiegende Individualförderung durch eine Projektträgerförderung ersetzt worden. Ziel sei dabei gewesen, sich auf das Leistbare zu konzentrieren.

## Durchlässigkeit

Der Hauptausschuss setzte eine neue Arbeitsgruppe ein, die – orientiert an den einschlägigen Empfehlungen des Wissenschaftsrats und Strategiepapieren der im Hauptausschuss vertretenen Organisationen – eine politische Empfehlung zur Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung entwickeln soll. Dabei sollen unter anderem individuelle Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die Stärkung der Attraktivität der beruflichen Bildung und ihre Verzahnung mit der hochschulischen Bildung eine Rolle spielen. Anerkennung, Anrechnung und integrative Formate seien ebenso relevante Stichworte für die Gestaltung von Durchlässigkeit wie Information und Beratung sowie übergreifende Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen.

## Weitere Themen

Der Hauptausschuss beschloss Verordnungen über die Berufsausbildung Fachkraft für Veranstaltungstechnik, Graveur/-in, Metallbildner/-in und Rollladen- und Sonnenschutzmechatroniker/-in.

Auf Vorschlag der Arbeitsgruppe DQR/ECVET des Hauptausschusses besteht Einigkeit über zwei Meilensteine in Bezug auf die geplante bildungsbereichsübergreifende rechtliche Verankerung des DQR. Noch während der laufenden Legislaturperiode sollen vorbereitende Gespräche für eine rechtliche Verankerung mit den Stakeholdern aller formalen Bildungsbereiche im Arbeitskreis DQR beim BMBF geführt werden, um danach möglichst zeitnah die rechtliche Umsetzung und Verankerung des DQR konkret auf den Weg zu bringen. ◀